



Bundesministerin für
Europa, Integration und Familie

bundeskanzleramt.gv.at

Claudia Plakolm
Bundesministerin für Europa,
Integration und Familie

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.795.834

Wien, am 2. Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Zadić, LL.M., Kolleginnen und Kollegen haben am 2. Oktober 2025 unter der Nr. **3522/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich (Stand Herbst 2025)“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 9:

1. *Welche Vertragsverletzungsverfahren waren gegen die Republik Österreich zum Stichtag 01.10.2025 anhängig? Bitte um ressortorientierte Aufschlüsselung der Verfahren nach:*
 - *Gegenstand des anhängigen Verfahrens*
 - *verletztem oder unzureichend umgesetztem Rechtsakt*
 - *derzeitigem Verfahrensstand (Mahnschreiben, begründete Stellungnahme der Kommission samt Antwortschreiben der Republik Österreich inklusive jeweiligem Datum und von der Kommission gesetzter Fristen; Klageerhebung)*
 - *von der Republik Österreich eingemeldeten Umsetzungsplänen samt maßgeblicher Daten, inklusive*

- Ausweisung etwaiger Zuständigkeiten der Bundesländer für die Umsetzung.
- 2. Wie viele Vertragsverletzungsverfahren waren gegen die Republik Österreich zum Stichtag 1.10.2025 insgesamt anhängig? Bitte um Angabe der Gesamtzahl und der Gesamtzahl pro hauptzuständigem Ressort.
- 3. Wie viele Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich wurden im Jahr 2025 eingestellt und aus welchen Gründen? Bitte um Angabe der maßgeblichen Gründe pro Verfahren und das Datum der jeweiligen Einstellung.
- 4. Wie viele Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258, 259 AEUV) wurden seit dem 3. März 2025 neu gegen die Republik Österreich eingeleitet? Bitte ressortorientiert aufschlüsseln und kurz nach Gegenstand benennen.
- 5. Zu welchen Verurteilungen der Republik Österreich durch den EuGH kam es seit dem 3. März 2025? Bitte um Angabe der jeweiligen Geschäftszahl (Aktenzeichen), Urteilsdatum und der Information, ob ein Zwangsgeld oder Pauschalbetrag verhängt wurde (inklusive des Betrags in Euro).
- 6. Wie viele EU-Pilotverfahren gegen Österreich waren per 1.10.2025 anhängig? Bitte um ressortorientierte Aufschlüsselung nach Gegenstand des anhängigen Verfahrens, verletzter oder unzureichend umgesetzter oder angewandeter Vorschrift, Status und Ausweisung etwaiger Bundesländerzuständigkeiten.
- 7. Welche Richtlinien und sonstige EU-Rechtsakte standen per 01.10.2025 in Österreich zur Umsetzung an? Bitte um Angabe der relevanten Rechtsakte inklusive der jeweiligen Umsetzungsfristen, hauptzuständigem Ressort und etwaigen Bundesländerzuständigkeiten.
- 8. Welche Mittel sind im Bundeskanzleramt bzw. dem BMEIF und/oder den betroffenen Ressorts für die durch die unzureichende Umsetzung von Unionsrecht entstandenen oder entstehenden Aufwände budgetiert (z.B. Erstellung von Antwortschreiben in Vertragsverletzungsverfahren, Besprechungen mit EU-Organen, Koordinierung mit innerstaatlichen Organen, Vertretung vor dem EuGH)? Bitte um Aufschlüsselung der Kosten nach Ressort.
- 9. Wie viele Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV) waren beim Europäischen Gerichtshof per 01.10.2025 wegen Vorlage oder Anrufung durch österreichische Gerichte anhängig?
 - a. Welche Auslegungsfragen wurden dem Gerichtshof jeweils vorgelegt? Bitte um Kurzbeschreibung der Frage und des betreffenden Unionsrechtsakts pro Verfahren.

Die Koordination von Europapolitik in Österreich liegt gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 10/2025, im Zusammenhang mit der

Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 62/2025, in meinem Verantwortungsbereich. Ich ersuche aber um Verständnis, dass diese Fragen nach den zitierten Bestimmungen nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können.

Darüber hinaus verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 3521/J vom 2. Oktober 2025 durch den Bundeskanzler.

Claudia Plakolm

